Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(An den Nächten vorher eingesandte Manuscripte werden nur in Ausnahmefällen berücksichtigt.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim., Universitätsstr. 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 29 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 36. **Mittwoch** den 5. Februar 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Bei dem hiesigen Stadtrathe ist eine mit 6000 ℳ Gehalt ausgestattete Stadtrathsstelle zur Erledigung gekommen; dieselbe soll sofort anderweit besetzt werden.

Die Anstellung des zu Wählenden, welcher Jurist sein und zur Annahme eines selbstständigen Richteramtes, bez. zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft befähigt sein muß, erfolgt zunächst auf 6 Jahre nach Maßgabe von §. 86 der revidirten Städteordnung.

Geeignete Personen, welche gesonnen sind, sich um diese Stelle zu bewerben, wollen ihre diesfallsigen Gesuche bei dem unterzeichneten Stadtverordneten-Collegium (Bureau: Katharinenstraße Nr. 1, 2 Tr.) bis spätestens

den 20. Februar 1890

einreichen.

Leipzig, den 30. Januar 1890.

Die Stadtverordneten.
Dr. Schill, Vorsteher.

Bekanntmachung.

Der am 1. Februar d. J. fällige erste Termin der Staatsgrundsteuer ist nach dem Gesetze vom 9. September 1843, in Verbindung mit der durch das Gesetz vom 3. Juli 1878 getroffenen Aenderung nach

Zwei Pfennigen von jeder Steuereinheit

zu entrichten.

Die Steuerpflichtigen werden daher hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeträge **nebst der städtischen** Grundsteuer, welche nach §. 6 des Regulativs für die Gemeindeanlagen der Stadt Leipzig mit

Eins vom Tausend des im Kataster eingestellten Grundwerthes

an demselben Tage fällig wird, von genanntem Tage ab **bis spätestens 14 Tage nach demselben** zu bezahlen.

Nach Ablauf dieser Frist tritt gegen die Säumigen das gesetzliche Beitreibungsverfahren ein.

Zahlstellen sind:

Für Alt-Leipzig die Grundsteuerhebestelle im Stadthause, Erdgeschoß, Zimmer 59.

Für Leipzig-Reudnitz, Leipzig-Anger-Crottendorf, Leipzig-Thonberg und **Leipzig-Neureudnitz** die Steuerhebestellen im Rathhause zu Reudnitz.

Für Leipzig-Sellerhausen, Leipzig-Volkmarsdorf, Leipzig-Neuschönefeld und **Leipzig-Reustadt** im Rathhause zu Volkmarsdorf.

Für Leipzig-Eutritzsch im dortigen Rathhause und **für Leipzig-Gohlis** die Steuerhebestelle im früheren Gemeindeamte daselbst.

Leipzig, den 29. Januar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Roch.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit **vom 27. Januar bis 2. Februar d. J.** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,4fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,461.

Leipzig, am 3. Februar 1890.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Gesucht

wird der am 14. Januar 1852 geborene Handarbeiter

Friedrich Gustav Zieger, genannt Pieler,

welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Es wird ersucht, den Genannten im Falle seines Betreffens uns zuzuführen.

Leipzig, am 28. Januar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. IVa. 67. Ludwig-Wolf. Rch.

Kram-, Roß- und Viehmarkt zu Liebertwolkwitz

Mittwoch, den 19. Februar 1890.

Abgaben werden nicht erhoben.

Der Gemeinderath.
Duck.

Ein Wort an unsere Wähler.

B. Als wir vor drei Jahren an die Wahlurne traten, geschah es noch Auflösung eines Reichstags, welcher der Reichsregierung die von den höchsten politischen und militairischen Autoritäten für nothwendig erklärten Einrichtungen für die gefährdete Sicherheit des Reichs verweigert hatte.

Unsere Gegner spotteten damals: die angebliche Gefahr sei eine blos vorgespiegelte gewesen, und nannten unsern Wahlsieg ein Angstproduct.

Seitdem haben die Acten des Boulanger'schen Processes nur zu klar erwiesen, wie dringend die Gefahr, wie nahe dieser kecke Abenteurer daran war, Deutschland mit Krieg zu überziehen.

Die Versuchung dazu für ihn hatte nicht am wenigsten darin gelegen, daß er sah, wie der damalige deutsche Reichstag die Regierung auf Schritt und Tritt bekämpfte, ihr seine Unterstützung verweigerte. Die innere Uneinigkeit Deutschlands schien ihm einen leichten Sieg der französischen Waffen zu versprechen.

Derselbe Zustand und damit dieselbe Gefahr den unsern würde wiederkehren, wenn eben die Mehrheit in den Reichstag wieder einzöge, welche damals dessen Auflösung veranlaßte und die erst durch die Wahlen von 1887 einer anderen, reichs- und regierungsfreundlicheren Mehrheit wich.

Im Laufe der fünfjährigen Periode, auf welche der neue Reichstag gewählt wird, im Jahre 1894, erlischt das von dem letzten Reichstag 1887 genehmigte Septennat; würde die Mehrheit, die es 1886 verwarf, es dann annehmen? Schwerlich! Also dann ein neuer Bruch zwischen Regierung und Reichstag, ein neues Schauspiel innerer Uneinigkeit, dem lauernden Ausland gegeben, eine neue Verlockung für dieses, uns anzugreifen, eine um so stärkere und für uns gefährlichere, als bis dahin die Wirksamkeit des neuen französischen Wehrgesetzes, welches den jenseitigen Heeresbestand weit über den unserigen hinaus steigert, eine ganz oder nahezu vollendete geworden sein wird.

Aber neben dieser äußeren Gefahr bedroht uns auch eine nicht weniger ernste innere: eine Partei, die, wie sie gar nicht leugnet, es auf den völligen Umsturz der ganzen bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abgesehen hat. Mit allen Mitteln der Aufreizung und der Verhetzung sucht sie namentlich die arbeitenden Classen an sich zu locken, indem sie ihnen einen Zustand des Wohlbefindens in ihrem Zukunftsstaate vorspiegelt, von dem doch jeder halbwegs Verständige erkennen muß, daß er eine blinde Täuschung ist, und indem sie Alles hervorsucht, um die Arbeiter mit ihrer gegenwärtigen Lage unzufrieden zu machen. In diesem letzteren Bestreben wird sie nur zu wirksam unterstützt durch eine andere Partei, deren Hauptgeschäft es ebenfalls seit lange schon ist, Unzufriedenheit in allen Kreisen der Bevölkerung zu erregen.

Die verbündeten Regierungen haben es sich seit lange, in Ausführung der von unserm unvergeßlichen Kaiser Wilhelm I. ausgegangenen volks- und menschenfreundlichen Ideen, angelegen sein lassen, die Lage der arbeitenden Classen zu verbessern, sie vor den traurigen Folgen der Erwerbsunfähigkeit bei Unglücksfällen, bei eintretender Krankheit oder im höheren Alter nach Möglichkeit sicherzustellen. Die Mehrheit des letzten Reichstags hat sie dabei getreulich unterstützt, während jene beiden Parteien, die sich so sehr den Schein der Arbeiterfreundlichkeit geben, gegen alle dergleichen Bestrebungen sich theils kühl, theils geradezu ablehnend verhalten haben.

Gleichzeitig haben aber die Regierungen für nöthig befunden, zur wirksamen Bekämpfung der nicht nachlassenden Ausschreitungen der socialdemokratischen Agitatoren, wozu die gewöhnlichen Mittel nicht ausreichen, das schon wiederholt vom Reichstag (unter Zustimmung auch eines Theils der jetzigen Deutschfreisinnigen), aber nur auf eine bestimmte Zeitdauer genehmigte Socialistengesetz zu einem dauernden zu machen. Dem haben sich alle jene Parteien im Reichstage, welche zusammen vor 1887 dessen Mehrheit bildeten, auf das Heftigste widersetzt, und es ist kein Zweifel, daß, wenn es diesen gelänge, durch die neuen Wahlen wiederum in die Mehrheit zu kommen, jede Hoffnung auf die Verlängerung des Socialistengesetzes ausgeschlossen, somit die Reichsregierung nach dessen Erlöschen, also noch in diesem Jahre, jeder genügenden Waffe gegen die Umsturzpläne der Socialdemokratie beraubt wäre, während, wenn wieder, wie 1887, die verbundenen Ordnungsparteien siegen, eine Vereinbarung über dieses Gesetz und eine Ausgleichung der Meinungsverschiedenheit, welche dessen Zustandekommen bei dem eben geschlossenen Reichstage verhinderte, mit Sicherheit zu erwarten steht.

Drei, Wähler, ist die Lage, in der sich Deutschland befinden wird, je nachdem die bevorstehenden Neuwahlen ausfallen. Entweder abermaliger Sieg der Ordnungsparteien und dann, aller Voraussicht nach, wieder ein an werthvollen Ergebnissen sowohl für die Sicherheit des Reichs als für die innere Wohlfahrt, insbesondere für das Wohl der arbeitenden Classen fruchtbarer Reichstag, ein kräftiges und einträchtiges Zusammenwirken von Regierung und Reichstag, — oder aber ein Sieg der früheren Mehrheit unter Führung der Herren Eugen Richter, Bebel, Windthorst, dann aber ohne allen Zweifel nur noch größere Uneinigkeit zwischen Reichstag und Regierungen, gehemmter Fortgang der Gesetzgebung, vor Allem gänzlicher Stillstand der für die Arbeiter so wohlthätigen socialpolitischen Gesetzgebung, endlich Schwächung Deutschlands nach außen durch eben jene Uneinigkeit zwischen der Reichsgewalt und den Vertretern der Nation!

In Eure Hand, Wähler, ist es gegeben, welches von jenen Beiden eintreten soll! Nur glaubt nicht, mit dem bloßen Wunsche, daß Jenes geschehe und Dieses nicht geschehe, sei es gethan! Nein, als Männer, als Staatsbürger, als Patrioten müßt Ihr Euch rühren, müßt handeln, müßt Alles daran setzen, daß das Gesinnchtete nicht eintrete, müßt Mann für Mann am Wahltage, den 20. Februar, an der Wahlurne erscheinen und Eure Stimmen einmüthig abgeben für

die Candidaten der Ordnungsparteien!

Herr v. Puttkamer und die Socialdemokratie.

Der frühere Minister des Innern v. Puttkamer hat am 31. Januar in Stolp eine Wahlrede gehalten, aus welcher der größere Theil der Presse nur die besten Bemerkungen hervorgehoben, daß die Nationalliberalen ihrer Natur" nach nicht geneigt seien, sich für entschiedene Beschlüsse zu begeistern, und daß im Falle der Ablehnung des Socialistengesetzes wahrscheinlich der große Belagerungszustand an die Stelle des kleinen und die Kanonen an die des §. 28 würden treten müssen. Uns erscheint weit beachtenswerther, was Herr v. Puttkamer über das Verhältniß der Freisinnigen zu den Socialdemokraten und über das Wesen der letzteren gesagt hat. Herr v. Puttkamer sagt: „Der Freisinn ist nur noch der Lehnsträger der Socialdemokratie, ich glaube, wir werden noch die Zeit erleben, wo er als rechter Flügel der socialdemokratischen Partei erscheint." Damit ist der Nagel auf den Kopf getroffen. Als Partei haben die Freisinnigen ihre Bedeutung eingebüßt, im Volke haben sie den Boden verloren, und deshalb haben sie in der letzten Reichstagssession sich vollständig in den Dienst der Socialdemokratie gestellt. Ihr Wahlaufruf wimmelt von Forderungen, welche in erster Linie den Socialdemokraten zu Gute kommen, wie Beseitigung des Socialistengesetzes, Sicherung der Coalitionsfreiheit unter völliger Gleichberechtigung beider Theile, reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, ausdehnende Arbeiterschutzgesetzgebung, Erlaß der Zwangsversicherung der Arbeiter durch freie Organisationen. Alle diese Forderungen sowie die der Abschaffung des gegenwärtigen Steuer- und Wirthschaftssystems nähmen ebenfalls ihre Stelle im socialdemokratischen Programm finden können und sind wesentlich darauf berechnet, die Bundesgenossenschaft der Socialdemokraten im Kampfe gegen die Ordnungsparteien zu gewinnen. Die Gefahr dieser Bundesgenossenschaft liegt aber wesentlich darin, daß die Freisinnigen das Mittelglied bilden, durch welches die große Menge der nicht socialistisch gesinnten Besitzlosen aller Gattungen in das socialdemokratische Lager hinübergetrieben werden soll. So weit denken die Allerwenigsten, daß sie sich klar machen, was geschehen würde, wenn die socialistischen Bestrebungen das Uebergewicht erhielten, sie trösten sich mit dem Gedanken, daß wir so weit noch nicht sind und wohl auch nicht kommen werden und haben nur das eine Ziel vor Augen, ihre materielle Lage zu verbessern. Auf wessen Kosten das geschieht, gilt der Mehrzahl gleich, wenn sie nur ihren Zweck erreicht. Und darum sind die freisinnigen Agitationen so gefährlich, weil sie diesen Bestrebungen Vorschub leisten, weil sie die Zahl der Verblendeten und Verführten vermehren, um wenigstens auf diese Weise eine Rolle spielen zu können.

Von der Socialdemokratie sagt Herr v. Puttkamer: „Sie ist zunächst eine vaterlandslose Partei, welche an der Internationalität zu Grunde gehen wird, denn unser Volk wird sich nicht so weit erniedrigen, sich selbst aufzugeben. Weitere Programmpuncte sind die Republik, die Abschaffung des Eigenthums und der Atheismus. Die Socialdemokraten verfolgen zwar jetzt eine mehr friedliche Taktik, aber nur, um die Bürger nicht allzu sehr zu ängstigen." Das ist eine sehr beachtenswerthe Seite des Wesens der Socialdemokratie, daß sie nicht aufrichtig ist. Als Grundsatz hat bei ihren Vertretern von jeher gegolten, daß sie ihre Ziele nöthigenfalls mit Gewalt zu erreichen suchen müsse, jetzt halten es aber die Führer für angezeigt, die Gewalt aus ihrem Programm zu streichen und die allmälige Entwickelung des socialistischen Staates aus dem bestehenden als eine reine Zeitfrage hinzustellen. In Uebereinstimmung damit haben sie auf dem Pariser Socialistencongreß des Jahres 1889 den Arbeiterschutz und den Normalarbeitstag als Hauptprogrammpunct aufgestellt, aber schließlich haben sie doch das Zugeständniß nicht zurückhalten vermocht, daß sie eventuell auch zu energischeren Maßregeln greifen müßten, wenn der gesetzliche Weg nicht ausreiche. Als eine solche Maßregel ist auch die für den Mai in Aussicht genommene allgemeine Arbeitseinstellung anzusehen, die in dieser Gestalt kaum noch als Ausfluß, sondern nur als Mißbrauch des Coalitionsrechts aufgefaßt werden kann. Die geplante Arbeitseinstellung hat den Zweck, die Macht der Socialdemokratie zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen, gleichsam Herrschau zu halten über die Socialisten Europas. Das ist ein gefährliches Experiment und gehört offenbar nicht in das friedliche Programm der Socialdemokratie.

Herr v. Puttkamer nennt den Anarchismus den Stiefbruder der Socialdemokratie, er geht so weit, ihrer Erklärung zu glauben, daß sie mit dem Anarchismus nichts gemein habe, hält diese Auffassung aber thatsächlich für unrichtig. Der Anarchismus entwickelte sich mit Naturnothwendigkeit aus der Socialdemokratie wie die Frucht aus dem Samenkorn, denn die Verwirklichung der socialdemokratischen Lehren führe unfehlbar zur Anarchie. Nun ist aber auch die Stellung der Socialdemokratie zum Anarchismus keineswegs feindlich. Hat doch der Abgeordnete Singer in einer der letzten Reichstagssitzungen den Anarchismus für eine berechtigte Richtung erklärt und die Frage aufgeworfen, ob denn nicht auch ein Anarchist ein edler Mensch sein könne. Herr v. Puttkamer frischte in seiner Rede auch die Erinnerung an die Chicagoer Brandmörder auf, um deren Schonung bekanntlich die Socialdemokraten gebeten haben.

Aus der gesammten Haltung und Aufführung der Socialdemokraten geht mit Gewißheit hervor, daß sie die öffentliche Meinung durch schreiende Mißgunst für sich gewinnen wollen. Sie werden aber unfehlbar aus ihrer Zurückhaltung heraustreten, sobald sie die Aufhebung des Socialistengesetzes erreicht haben. Wir hoffen, daß dieser Zeitpunct nicht eher eintreten wird, als bis die Bewegung ihren gefährlichen Charakter verloren hat und in gesetzliche Bahnen geleitet ist. Herr v. Puttkamer hegt in dieser Beziehung sehr ernste Besorgnisse, sein Standpunct der Socialdemokratie gegenüber ist bekanntlich ziemlich schroff, er hat während seiner zehnjährigen Thätigkeit als Minister vielfach Gelegenheit gehabt, die Vertreter dieser Partei näher kennen zu lernen, er hat deshalb auch ein Recht, sich auf seine Erfahrung zu berufen.

Eine Angelegenheit hat der Redner unberührt gelassen, welche eigentlich nahe genug lag, und das ist der Eisbrecher-Proceß. Das Ergebniß dieses Processes ist zwar äußerlich hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben, aber es haben sich durch die Verhandlungen Anhaltspuncte in genügendem Maße ergeben, welche es in hohem Grade wahrscheinlich machen, daß die gesetzwidrige Organisation der Socialdemokratie in irgend einer Weise wirklich besteht. Diese Organisation würde die Gefahren, mit welchen die Socialdemokratie die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung bedroht, um ein Erhebliches vermehren und die Wachsamkeit der Sicherheitsbehörden erhöhen.

Daß viele Verfahrte und Idealisten unter den Socialdemokraten zu finden sind, wie Prinz Carolath annimmt, wollen wir nicht in Abrede stellen, aber dadurch vermindert sich die Gefahr nicht, welche die Bewegung in sich schließt. Dieser Gefahr gegenüber müssen die staatserhaltenden Parteien einmüthig zusammenstehen, und wir dürfen es mit Genugthuung sagen, daß das Bewußtsein dieser Nothwendigkeit auch dem größten Theile der Conservativen und Nationalliberalen innewohnt. Auch die Rede des Herrn v. Puttkamer in Stolp ist ein Beweis für diese Thatsache. Wir stehen nicht auf demselben Boden mit Herrn v. Puttkamer, aber darin stimmen wir ihm unbedingt bei, daß das Cartel, gleichviel ob Fehler gemacht worden sind, oder nicht, zum Heile des Deutschen Reiches und zur Wahrung seiner Zukunft aufrechterhalten werden muß. Bei uns in Sachsen herrscht glücklicherweise in dieser Beziehung volle Uebereinstimmung und wir dürfen deshalb den bevorstehenden Wahlen mit der Hoffnung und mit der Zuversicht entgegensehen, daß wir den Cartel-Bestand den Socialdemokraten gegenüber wahren werden.

*

Leipzig, 5. Februar.

* Wie man der „Politischen Correspondenz" aus Petersburg meldet, gilt es nunmehr in dortigen unterrichteten Kreisen als feststehend, daß Kaiser Wilhelm II. den russischen Heeresmanövern im Sommer dieses Jahres beiwohnen wird.

* Die bereits in telegraphischer Kürze erwähnte officiöse Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", den Wechsel im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe betreffend, hat folgenden Wortlaut:

„In den Wechsel im Ministerium für Handel und Gewerbe knüpfen die Blätter mehrfach Conjecturen und Vermuthungen, welche jeder Grundlage entbehren. Die Thatsache ist, daß Fürst Bismarck seit Jahr und Tag das Bedürfniß gehabt hat, seinen Wirkungskreis einzuschränken. Um diesem Bedürfnisse Rechnung zu tragen, hat er zunächst versucht, die Möglichkeit zu gewinnen, in den Colonialfachen vertrauensvoll vertreten zu werden, weil deren Umfang in den letzten Jahren über das anfänglich Programmmäßige hinaus gegangen ist. Eine solche Vertretung würde aber nur durch die Herstellung eines nach den Grundsätzen des Stellvertretungsgesetzes selbstständigen Colonialamtes zu erlangen sein und ist also heute noch nicht erreichbar. Um so näher mußte dem Fürsten der Gedanke treten, die Entbindung von dem Posten eines Ministers für Handel und Gewerbe nachzusuchen, nachdem die Aufgaben desselben durch die Streikbewegungen des vorigen Sommers und durch die sich an deren Behandlung knüpfenden Fragen einen Umfang erreicht haben, bei welchem der Fürst nicht glaubte, dieser Behörde ferner, wie bisher im Nebenamte vorstehen zu können. Fürst Bismarck hat daher sofort am Tage seiner Rückkehr hierher bei der ersten Audienz Se. Majestät den Kaiser gebeten, den Kreis seiner Thätigkeit durch Wiederherstellung des Handelsministeriums mit einem selbstständigen Chef einzuschränken und für dieses Amt in Uebereinstimmung mit dem Staatsministerium den Freiherrn v. Berlepsch empfohlen.

Die Motive dieses Wechsels sind also sehr einfache und natürliche. Das Staatsministerium hat die Frage einer Erweiterung des Wirkungskreises des Gewerbeministeriums bei Seiner Majestät bereits angeregt, und auch abgesehen hiervon sind die Aufgaben dieses Ministeriums in Folge der die Zeit bewegenden Fragen neuerdings in dem Maße angewachsen, daß ihre Lösung nicht mehr im Nebenamte, sondern nur durch eine selbstständige und von anderen Geschäften nicht beanspruchte Arbeitskraft erfolgen kann; lediglich deshalb ist die Berufung eines besonderen Ministers für Handel und Gewerbe bei dem Kaiser beantragt worden.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erhält folgendes Schreiben:

„Hochgeehrter Herr Redacteur!

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen anbei die Summe von Eintausend Mark überiede als Beitrag zu den Kosten der Betreibung von Cartel-Wahlen für den neuen fünfjährigen Reichstag. Wir Deutsche im Auslande sind ja fast alle reichstreu und gut kaiserlich, und gern befunden wir diese Gesinnung durch Veranstaltung patriotischer Feste, begeisterten Empfang unserer Kriegsschiffe ꝛc. Wir will nun scheinen, daß wir diese Gesinnung nicht blos bekunden, sondern auch einen mehr bethätigen könnten, indem wir für die Festigung und Kräftigung des Reiches aus eigenen Mitteln beitrügen. Natürlich meine ich, sollten die Deutschen in solchen Ländern sich so selbst besteuern, in denen, wie in China, sie an die Landesregierung keine oder nur ganz unerhebliche Abgaben entrichten. Schwärmen wir nicht blos für das Reich, für unseren Kaiser und unseren großen Staatsmann, sondern handeln wir auch!

Wir Deutsche im Auslande empfinden zu lebhaft, welchen Werth ein mächtiges, starkes, geachtetes Reich für jeden Einzelnen hat, und wir wissen, welchen Vortheil die Erhaltung des Friedens für unser Geschäft bedeutet, nun wohl, helfen wir einmal unserm Staatslenkern, soweit wir es vermögen, und überlassen wir nicht in träger Bequemlichkeit den Wählern im Reich die ganze Last! Erkennen wir doch auch in der Ferne noch besonders klar und deutlich, wie vorzüglich die Angelegenheiten des Reichs geleitet werden. Wer beispielsweise die Franzosen näher kennt, der weiß, daß ihre Freundschaft nicht durch die Abtretung von Provinzen, sondern nur dadurch zu erlangen wäre, daß wir wieder so klein und ohnmächtig werden wie vordem. Wer das nicht will, der muß auch die starke Rüstung wollen, die Deutschland trägt, und darf nicht schwächlich nach Mitteln suchen, die Feindschaft der Franzosen zu mildern. Bleiben wir stark, so wird nach Jahrzehnten schließlich auch eine christliche Versöhnung erfolgen.

Ich meine, lange genug haben wir Deutsche im Auslande, der Neuheit nach, die Hände in den Schooß gelegt und uns lediglich freu gefallen lassen, was uns materiell und geistig durch das Reich zu Theil wurde. Wenn wir aber unseren Kaiser und seine Räthe an der Arbeit sehen und wir über ihre Erfolge jubeln, so muß sich doch der Wunsch einstellen, selbst ein wenig Hand mit anzulegen. Und da wir es anderes kaum zu thun vermögen, so wollen wir eben unsere Hände in unsere Taschen stecken und freiwillig und freudig von dem Unseren einen kleinen Theil rechtzeitig hingeben, damit solche Männer gewählt werden, welche die Regierung kräftig unterstützen. Vaterlandsliebe und eigener Vortheil weisen uns hier denselben Weg.

Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Redacteur, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Im Dezember 1889. **Ein Deutscher in China."**

* Der „Oberschlesische Anzeiger" in Oppeln will wissen, daß der dortige Regierungspräsident v. Bitter zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz an Stelle des Herrn v. Berlepsch bestimmt sei.

* Die am Sonntag in Köln stattgehabte Versammlung der rheinischen Centrumspartei war von mehreren Tausend Einwohnern und Fremden besucht. Stadtrath Roeckerath verlangte in seiner Rede die Rückkehr der Orden, auch der Jesuiten. Dem Cartel warf er vor, daß dasselbe nur die Interessen des reichen Bürgerthums und der Großgrundbesitzer vertrete. Lebhaft griff der Redner die heutige Colonialpolitik an und sprach den Wunsch aus, daß man im äußersten Falle lieber Freisinnige und Socialdemokraten, als Candidaten der Cartelparteien wählen solle. Rechtsanwalt Trimborn gedachte der Gefahren der Socialdemokratie, deren pessimistischer Zug Dank der officiösen Presse und Dank dem Socialistengesetze erstarke. Abg. Windthorst erklärte die fünfjährige Legislaturperiode für eine Schmälerung der Volksrechte. Der jetzige stille Culturkampf sei schlimmer als der frühere. Schließlich verlangte der Redner Reform der Schule.

* Aus Gera wird uns unterm 3. Februar geschrieben:

Heute Morgen um 10 Uhr eröffnete der Präsident Förbringer die erste Sitzung des Landtages für Reuß jüngere Linie im neuen Jahre. Am Ministertische waren Staatsminister Dr. von Bretzigg, Geh. Staatsrath Dr. Bollert und Staatsrath Dr. Engelhardt erschienen. Die Vorlage um Unterstützung der Gemeinde Langenberg zu Schulhausbauzwecken wird dem Finanzausschuß überwiesen. Der Antrag des Abgeordneten Reuschel, den Staatszuschuß zum Schulhausbau zu Lehna von 1200 ℳ auf 1800 ℳ zu erhöhen, fand Zustimmung. Eine lange Debatte führte die Regierungsvorlage über Erbauung einer Eisenbahnlinie von Schönberg über Tanna nach Hirschberg durch die Königl. Sächsische Eisenbahnverwaltung herbei. Der 35 km lange Schienenweg ist so angelegt, daß nur Sachsen und Reuß jüngere Linie davon berührt werden. Das Ministerium ist der Ansicht und Ueberzeugung, daß eine Eisenbahn-Verbindung normaler Spur unter günstigeren Bedingungen als den gegenwärtig von der königlich Sächsischen Regierung angebotenen nicht zu erreichen ist und daß das dadurch für das Land bestehende Opfer nicht außer Verhältniß steht zu dem, was für andere Landestheile zu Eisenbahnzwecken verwilligt worden ist. Die meisten Redner sprachen für die Vorlage und gaben nur einzelnen Bedenken Ausdruck. Die betreffende Angelegenheit wird dem Finanzausschuß überwiesen und ist um deswillen zu bedauern, weil der sächsische Landtag nicht mehr lange versammelt sein wird und, wenn Reuß nicht während der gegenwärtigen Session gerufen werden kann, eine neuerliche Vertagerung bedingt wird. Die Anträge der Abgeordneten Frau, Geber und Dr. Jäger auf Vorlegung eines Kostenanschlags über den Ausbau eines Theiles der Jaderischen Straße wurde angenommen.

* Sechs Personen wurden in Sofia als Mitschuldige des Majors Panitza wegen aufrührerischer Reden gegen den Prinzen Ferdinand und die Regierung verhaftet. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

* Wie schon gestern kurz erwähnt, kommt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" auf die Broschüre des Obersten v. Staffel zu sprechen. Das officiöse Blatt schreibt: